



Auseinandersetzungen in der IG Metall Salzgitter

Wem gehören die Gewerkschaften?

Seit mehreren Wochen findet ein Streit in der IG Metall Salzgitter statt, der von Tag zu Tag sogar für Eingeweihte immer unübersichtlicher wird und der umso weniger für IGM-Mitglieder oder gar Gewerkschafter aus anderen Branchen zu verstehen ist, auch wenn er inzwischen teilweise in der Presse ausgetragen wird und den lokalen Rahmen überschritten hat.

Im Kern geht es SPD- und Gewerkschaftsführung (ungeachtet aller Differenzen untereinander) darum, der zunehmenden Zahl unzufriedener Gewerkschaftsmitglieder von vornherein die Möglichkeit zu verstellen, sich um

eine eigene Perspektive und einen Ausweg, der auch andere gewinnen kann, zu bemühen. Deshalb ist es notwendig, daß sich möglichst viele Mitglieder, ob mit oder ohne Funktion, Klarheit darüber verschaffen, wer welche Position in diesem Streit einnimmt.

Der Konflikt unter den Metallern in Salzgitter ist ein Beispiel für das Wesen vieler Auseinandersetzungen, die jetzt im Bundesgebiet und im Gebiet der ehemaligen DDR zunehmen werden: Wer übt welchen Einfluß in den DGB-Gewerkschaften aus?

Unzufrieden mit der Sozialdemokratie...

... sind viele Kolleginnen und Kollegen, die entweder selber SPD-Mitglied sind und/oder durch ihre Tätigkeit als Betriebsräte, als ehren- oder hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre dauernd mit ihr zu tun haben. Immer weniger kann die SPD konkret beweisen, daß die Interessen der Lohnabhängigen von ihr an die erste Stelle gesetzt und verteidigt werden.

Ereignisse wie der Kampf um die Arbeitsplätze in Rheinhausen, der Streit um die 35-Std.-Woche oder jüngst und immer noch die Art und Weise, wie SPD und DGB ihren Anspruch durchpeitschen, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR an Stelle des FDGB die alleinige Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten zu sein, lassen das Un-

behagen über das Einwirken der SPD auf den DGB nicht nur unter kritischen Gewerkschaftern wachsen.

Der erste Bevollmächtigte der IGM in Salzgitter, Bernd Henn¹, hat 21 Jahre in der SPD so ziemlich alles mitgemacht, wenn auch zunehmend mit Bauchschmerzen, wie er selber sagt. Er hat im Raum Salzgitter einen gewissen Rückhalt als IGM-Funktionär, weil er im Unterschied zu vielen anderen lokalen SPD-Politikern und Gewerkschaftsfunktionären den Kontakt zu Betriebsräten und Vertrauensleuten gesucht und sich zeitweise auf ihrer Seite engagiert hat².

Ende Juli dieses Jahres unterstützte B.H. einen Aufruf zur Teilnahme am Kölner Kongreß (am 28./29. Juli), der „Menschen aus verschiedenen politischen Strömungen und

Gruppierungen aus der BRD und der DDR, soweit sie sich als 'Linke' verstehen, zusammenführen soll.« Er wollte damit »die vielen linken Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die aus politisch-strategischen und/oder taktischen Motiven (zu Recht oder zu Unrecht, ist jetzt völlig unerheblich) dem Projekt einer außerhalb der Sozialdemokratie wirkenden politischen Kraft distanzieren oder abwartend gegenüber gestanden haben«, zu einer Neuorientierung einladen.

Schon bei der Vorbereitung zu diesem Kongreß rückte die Frage der Kandidatur zur Bundestagswahl für die sich damals schon abzeichnende »Linke Liste/PDS« in den Vordergrund der Debatten. So auch in Salzgitter, wo der IGM-Bevollmächtigte zu erkennen gab, daß er einer möglichen Kandidatur positiv gegenüberstehe. Unter den wenigen Gewerkschaftern, die davon erfuhren, wurde schon frühzeitig kritisiert, daß

- Henn seine Aktivitäten nicht nur in Hinblick auf die »Linke Liste/PDS«, sondern auch sein Bemühen um einen hauptamtlichen IGM-Job in der DDR nicht mit den aktiven Vertrauensleuten und Betriebsräten in Salzgitter besprochen habe,
- durch sein Engagement zur Ausdehnung des IGM-Einflusses auf DDR-Gebiet die gewerkschaftliche Arbeit vor Ort (eine Stahltarifrunde steht bevor) vernachlässigt werde,
- die Diskussion unter den Unterstützern und Gründern der »Linken Liste/PDS« an den realen Problemen der betrieblichen Basis vorbei gehe.

Die Bereitschaft des Ortsbevollmächtigten, diesen mangelnden Kontakt zur Basis zu verbessern, war so schwach, daß Vorschläge zu gemeinsamen Gesprächen schon aus Terminnot scheiterten.

Nach dem Kölner Kongreß wurde ein Fernseh-Interview mit Henn von einigen Kollegen aus Salzgitter gesehen und seine dort gemachte Aussage, die LL/PDS zu unterstützen sowie seine Bereitschaft, in der DDR auf der PDS-Liste zu kandidieren, von führenden Sozialdemokraten sofort scharf kritisiert.

1) B.H. wurde am 15. Februar '90 mit großer Mehrheit von der Vertreterversammlung in seinem Amt bestätigt.

2) Dabei hat er niemals den Bewegungsspielraum verlassen, den die IGM-Führung zugestand: Als z.B. 1987 Betriebsräte aus der Hamburger Zentrale der »NH« von Metall-Vertrauensleuten aus Salzgitter eingeladen wurden, ihre Erfahrungen mit den Vorgängen zwischen DGB, BGAG und NH darzulegen, gab der 1. Bevollmächtigte anfangs seine Zustimmung zu der Veranstaltung, um dann einen Tag vor dem Termin die Gewerkschafter aus Hamburg auszuladen. Sein Argument: Zur Zeit ginge es nicht, aber später könne man ja eine größere Veranstaltung daraus machen. Bevor aber daraus doch nichts wurde, organisierten Kollegen vom »Betrieblichen Arbeitskreis VW« eine eigene Veranstaltung im Gewerkschaftsraum mit den NH-Betriebsräten aus Hamburg.

In einem Leserbrief an die »Salzgitter-Zeitung« warf der SPD-Abgeordnete Pätzold seinem ehemaligen Genossen aus dem SPD-Bezirksvorstand, B.H., vor, er habe Querelen mit dem VW-Betriebsratsvorsitzenden und dem DGB-Kreisvorsitzenden gehabt, und schlußfolgerte dann: »Deshalb war der damalige Beschluß des VW-Werkes, Henn den Zutritt zum Werk zu verbieten, mehr als gerechtfertigt.«

Seinerzeit entwickelten sich bei VW-Salzgitter Unterstützungsaktionen für streikende VW-Arbeiter in Mexico, dies ging aus vom Bereich der Motoren-Montage. Das Flugblatt, das von der IGM-Verwaltungsstelle dazu kam, wurde natürlich im ganzen Werk verteilt, trotzdem dehnte sich die Aktion nicht über den Ausgangsbereich aus. B.H. nahm während und nach der Aktion einen Vermittler-Standpunkt ein, was die Werksleitung allerdings nicht daran hinderte, ein Hausverbot auszusprechen.

Alles dies ist relativ unbedeutend gegenüber der Tatsache, daß das eine SPD-Vorstandsmitglied (Pätzold) sich an die Seite des Unternehmers stellt, wenn es gegen das andere, gerade austretende SPD-Vorstandsmitglied, Bern Henn, geht. Damit erweist sich diese Volkspartei wieder einmal auf der Höhe des Zeitgeistes...

Am 1. August formulierte der Salzgitter-SPD-Bundestagsabgeordnete Wilhelm Schmidt einen Brief an Henn, kündigte darin seine Zusammenarbeit mit ihm auf und forderte ihn zum Austritt aus der SPD auf: »Die Salzgitteraner SPD hat es über viele Jahre hinweg als gute Übung angesehen, den jeweiligen IG-Metall-Chef (!!! – die Red.) als Mitglied des Unterbezirksvorstandes in ihren Reihen zu haben ... hast Du diese Möglichkeit der gegenseitigen Information und Aktion nur formal, nicht wirklich genutzt. Kaum einmal hast Du an den Sitzungen teilgenommen, Gespräche zwischen IG Metall und Mandatsträgern der SPD kamen nur auf Drängen der SPD zustande, von Kritik (zumal konstruktiver) war nicht ein einziges Mal etwas zu spüren ...«

Wir können davon ausgehen, daß der Bundestagsabgeordnete diesen Brief nicht ohne Absprache mit Bonner und Salzgitteraner Sozialdemokraten, auch aus der IG Metall, geschrieben hat. Der Brief wurde sofort in Hunderten von Exemplaren in den größeren Salzgitter-Betrieben verteilt. Zur gleichen Zeit formulierte B.H. schon seine Austrittserklärung aus der SPD, die am 4. August auszugswise in verschiedenen, auch überregionalen Tageszeitungen erschien. Im »Neuen Deutschland« erschien diese Erklärung fast vollständig, zusammen mit einem Interview mit B.H.

In dieser Erklärung formulierte Henn die Empfindungen vieler ehrenamtlicher und teilweise auch hauptamtlicher Funktionäre aus den DGB-Gewerkschaften: »... ein Edzard Reuter hat als Vorstandsvorsitzender von Daimler Benz zur Zeit mehr Gewicht in der Partei als 1000 Gewerkschafter. Das gleiche gilt für Manager wie Pöhl von der Bundesbank, Rohwedder von Hoesch, Lahnstein von Bertelsmann oder Pieper von Preussag-Salzgitter ... Letzter Anstoß, die Partei zu verlassen, war das unerträgliche Verhalten der SPD in der Staatsvertrags- und Wahlrechtsdiskussion ... Welche Dummheit von der SPD, sich von 'nationaler Besoffenheit' (Franz Steinkühler) in dieses Abenteuer mitreißen zu lassen, anstatt die Menschen in der DDR, die noch keine Erfahrungen mit dem real existierenden Kapitalismus haben konnten, zu warnen und für ein organisiertes Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten zu kämpfen ... Ist es nicht beschämend, wie die SPD-Vorständler auf die CDU einwirkten, um ein Wahlrecht zu basteln, das – wie man hofft – die PDS aus dem künftigen deutschen Parlament verbannt, der von der SPD als rechtsstehend erkannten DSU dagegen Mandate verschafft ...«

Infolge der Zeitungsmeldungen gab es auch Diskussionen in den Betrieben, die von sozialdemokratischen betrieblichen Funktionären noch angeheizt wurden. Viele SPD-Funktionäre waren aufgebracht über den Austritt von B.H., auch eine ganze Reihe von denen, die ihn früher gestützt haben. Angeblich war die Unruhe in einigen Betrieben (Angestellte von LHB-Waggonbau, MAN, Ferngas) so groß, daß daraufhin sich die Vertrauenskörperleitungen in Briefen an die Ortsverwaltung bzw. den Vorstand der IGM wandten und B.H. das Mißtrauen aussprachen.

Beim P+S Stahlwerk beschloß der BR sogar, mit Hilfe der IGM-Vertrauensleute Aushänge in jeden Betriebsteil zu hängen, um die Diskussion erst richtig anzukurbeln. Eine ganze Reihe Vertrauensleute weigerte sich, diese Aushänge in den Betrieb mitzunehmen. Auch Hauptamtliche aus der Verwaltungsstelle versuchten auf VKL's einzuwirken, doch Stellungnahmen an die Ortsverwaltung und den Hauptvorstand abzugeben, um die Diskussion in den Be-

trieben zu initiieren (VW hatte Werksurlaub, kaum Diskussion) oder aber am Laufen zu halten. Allgemeiner Tenor von den hauptamtlichen Gewerkschaftern war: Wer B.H. stützt, ist gewerkschaftspolitisch »gestorben«!

Vom 2. Bevollmächtigten und dem Kassierer wurde dann eine **außerordentliche Ortsverwaltungssitzung** einberufen, obwohl bekannt war, daß B.H. nach seinem SPD-Austritt in Urlaub gefahren war. Auf dieser **Sitzung am 16.8.** wurde eine Erklärung an die Presse und die mehr als 250 Mitglieder der Vertreterversammlung verabschiedet.

Für den **25.8.** wurde, vor allem auf Drängen der Vertreter von P+S Stahlwerk, eine **außerordentliche Vertreterversammlung** einberufen, auf der nach dreistündiger Debatte B.H. mit 108 Stimmen, gegen 77 (bei 4 Enthaltungen und einmal ungültig) Stimmen das Mißtrauen ausgesprochen wurde. Damit war die Voraussetzung geschaffen, daß die Vorstandsbürokratie aus Frankfurt eingreifen konnte. Sie war in Gestalt von Ulrich Mignon schon anwesend. Unmittelbar nach dieser a.o. Vertreterversammlung tagte die IGM-Ortsverwaltung. Als B.H. sich nicht bereit zeigte, aus der Mißtrauenserklärung der Mehrheit die Konsequenz des Rücktritts zu ziehen, sondern erklärte, er werde sich bemühen, das Vertrauen zurückzugewinnen, traten 11 der 15 OV-Mitglieder nach Zuraten des anwesenden Bezirkssekretärs »individuell« zurück. (Der BR-Vorsitzende des VW-Werkes trat nach Rückkehr aus seinem Urlaub ebenfalls zurück.)

Am **29.8.** entschied der Hauptvorstand in Frankfurt, daß in der Verwaltungsstelle Salzgitter **bis zum 20.9. Neuwahlen** zur Ortsverwaltung durchgeführt werden müssen und bis dahin der Bezirkssekretär Hasso Düwel als kommissarischer Geschäftsführer eingesetzt wird.

Soweit die formale Seite, die wohl den Absichten der Vorstände, nicht aber der Satzung der IGM entspricht, daher wurde von B.H. auch der Kontrollausschuß der IGM angeufen.

Die Taktik des IGM-Vorstandes war es inzwischen, den Vertrauensleuten und Mitgliedern der Vertreterversammlung für die neue Leitung der Verwaltungsstelle Salzgitter Personen vorzuschlagen, die auf beste Akzeptanz stoßen. Um Überraschungen zu vermeiden, sollte der Personenvorschlag der kommissarischen Ortsverwaltung erst kurz vor der Vertreterversammlung unterbreitet werden, den Vertretern selbst, die zu wählen haben, erst auf der Versammlung, damit es keine Diskussionen mehr über die Kandidaten geben könne. Die IGM-Verwaltungsstelle hat in den vergangenen Jahren oft für Überraschungen gesorgt, jetzt sollte die Vertreterversammlung selbst überrascht werden.

Am **Freitag, den 31.8.** war dann das erste öffentliche Auftreten von B.H. nach seinem Urlaub, auf dem er seinen Einsatz für die »Linke Liste/PDS« begründete. Es war eine Veranstaltung der Initiatoren der LL/PDS, auf der als Gastredner Gregor Gysi von der DDR/PDS sprach. Die 700 bis 800 Teilnehmer der Versammlung kamen überwiegend aus den Großbetrieben aus dem Raum Salzgitter/Braunschweig, es wäre also für den SPD-Bundestagsabgeordneten W. Schmidt eine ideale Gelegenheit gewesen, seine angeblich »kritische Haltung zu den politischen Positionen der SPD« (so in seinem Brief an B.H.) vor seiner Wählerschaft darzulegen. Aber er war nicht anwesend, ebenso wenig der AfA-Vorsitzende N. Schmidt, der noch 8 Tage zuvor in einem AfA-Rundschreiben auf die »bundespolitische Bedeutung« der bevorstehenden Entscheidung der IGM-Vertreterversammlung hingewiesen hatte: »Es geht nicht um die Person Henn, sondern darum, ob sich die SED unter einem Tarnmantel dauerhaft etablieren kann.« Aber auch die auf der Versammlung anwesenden hauptamtlichen und ehrenamtlichen IGM-Funktionäre schwiegen.

Am **5./6.9.** entschied das Landgericht Frankfurt ohne mündliche Verhandlung für eine einstweilige Verfügung gegen die IGM, die ihr untersagte, den weiterhin im Amt befindlichen 1. Bevollmächtigten B.H. an der Ausübung seiner Tätigkeit zu hindern. Das Gericht drohte der IGM bei Zuwiderhandlung ein Zwangsgeld von 500 000 Mark an. Demnach durfte die schon einberufene außerordentliche Vertreterversammlung keinen neuen Bevollmächtigten wählen.

Die Annahme der einstweiligen Verfügung wurde vom Vorstand der IG Metall soweit hinausgezögert, bis schließlich erst am **Dienstag, den 11. September** der eingesetzte Kommissar Düwel die Geschäfte an den 1. Bevollmächtigten zurückgab. Mittlerweile hatte der Vorstand den Kommissar zum Kontrolleur gemacht. Hasso Düwel war nun vom IGM-Vorstand beauftragt, nach § 18.3d der Satzung (zum ersten Mal half die Satzung dem Vorstand in diesem Konflikt) nicht nur die Ausgabenpolitik der Verwaltungsstelle zu überprüfen, sondern die gesamte Geschäftsführung, die jetzt (aber nur für einen Tag) ausschließlich in den Händen von Bernd Henn war. Die beiden noch im Amt gewesenen ehrenamtlichen Beisitzer der Ortsverwaltung waren noch am **Montag, den 10.9.**, nach massivem Druck durch die Organisationsvertreter, zurückgetreten.

Am selben Tag (Montag) hatte B.H. in einem Gespräch beim IGM-Vorstand in Frankfurt nach einem Aufhebungsangebot mit großer finanzieller Abfindungssumme einen Kompromißvorschlag gemacht. Er war bereit, als Bildungssekretär in der Verwaltungsstelle Salzgitter zu arbeiten, wollte allerdings eine Zusicherung vom Vorstand haben, daß er nicht versetzt und nicht gekündigt werde, wenn sich nach einiger Zeit die Wogen geglättet hätten.

Eine endgültige Entscheidung hierüber behielt der Vorstand sich vor, bis eine beantragte Aufhebung der einstweiligen Verfügung beim Landgericht Frankfurt entschieden war. Rechtzeitig vor der am Mittwoch stattgefundenen Vertreterversammlung, nämlich am Dienstagabend, hob das Landgericht die eigene einstweilige Verfügung nach mündlicher Verhandlung auf.

In dieser mündlichen Verhandlung brachte die IG Metall mit eidesstattlichen Erklärungen ihrer beiden anwesenden Kronzeugen Kubitzka und Ludewig, die beide als 2. Bevollmächtigte und Kassierer jahrelang eng und freundschaftlich mit B.H. zusammengearbeitet hatten, »gravierende« Gründe gegen den 1. Bevollmächtigten vor.

Er, Henn, sei schon immer ein »schwieriger Mensch« gewesen, der seinen Pflichten nur mit Mühe nachgekommen sei. Dann wurde aufsummiert, daß 26 000 IGM-Mitglieder (von 33 000) in Salzgitter gegen Henn seien (wann wurden die Mitglieder eigentlich gefragt? Ein Taschenspielertrick, der die 40% der Vertreterversammlung, die noch für die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft stimmten, auf die Hälfte reduziert). Vorwürfe, daß schwerer Schaden an Belegschaften bzw. Mitgliedschaften entstanden sei, wurden an gewerkschaftlich beispielhaften Aktionen aus den vergangenen Jahren festgemacht. Obwohl seinerzeit auch von den Kronzeugen mitgetragen, wurde die »Mexico-Solidaritätsaktion«, die gewerkschaftliche Gegenwehr zur Krankenverfolgung bei VW, die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung in der letzten Tarifrunde bei P+S neben anderen Dingen hauptsächlich genannt.

Letztes Argument der IGM waren die befürchteten, aber selbst herbeigeredeten Austritte aus der Gewerkschaft, wenn B.H. erster Bevollmächtigter bliebe.

Für dieses Gericht war das genug, die einstweilige Verfügung aufzuheben. Die Vertreterversammlung konnte damit stattfinden.

Am **Mittwoch, 19.9.** war es dann soweit. Von den 253 Vertretern waren 207 anwesend, von denen 11 noch vor den angesetzten Neuwahlen wieder gingen. Die Aussprache war davon gekennzeichnet, daß der eigentliche Anlaß, der angeblich in den Betrieben zu Unruhe geführt habe, nämlich der Parteiübertritt des 1. Bevollmächtigten, überhaupt nicht mehr zur Sprache kam. Alle die AFA- und SPD-Funktionäre, die das Mißtrauensvotum gegen B.H. forciert hatten, traten überhaupt nicht mehr ans Mikrofon. Übrig blieb von deren Seite der Streit um die Formalitäten. Die andere Seite, die Verteidiger des Prinzips der Einheitsgewerkschaft, wiesen in verschiedenen Beiträgen auf die undemokratischen und der Satzung der IGM Hohn sprechenden Methoden des IGM-Vorstandes hin.

Am Ende der Aussprache brachten sie einen Initiativantrag (50 Unterschriften) ein, der forderte, daß eine Neu-

wahl zur Ortsverwaltung nicht an diesem Tage durchgeführt werden solle. Und obwohl überall AFA- und SPD-Funktionäre bei ihren »Zöglingen« an den Tischen saßen, entschieden sich in der offenen Abstimmung 72 Kolleginnen und Kollegen für diesen Antrag (bei 125 Gegenstimmen). Die Ortsverwaltung konnte also neu gewählt werden. Der bisherige zweite wurde nun zum »Ersten« gewählt (mit 116 gegen 74 Stimmen), der bisherige Kassierer wurde »Zweiter« (mit 136 gegen 51 Stimmen) und ein von der IGM aus Hameln herangekehrter, immerhin in Salzgitter geborener HBV-Funktionär wurde Kassierer. Von den 12 Beisitzern erhielten sieben mehr ja-Stimmen als der neue »Erste«. So, die Reihen sind wieder fest geschlossen, die »Einheit«, wie sie von diesen »Arbeitnehmervertretern« verstanden wird, wurde wieder hergestellt. Dafür mußte einer dran glauben... Stand: 20.9.90 ■

Was ist der wirkliche Hintergrund der Auseinandersetzungen um diesen Parteiübertritt?

Die Person des IGM-Bevollmächtigten und die mit ihr unmittelbar verbundenen Vorwürfe (Vernachlässigung der Arbeit, in letzter Zeit unzuverlässig etc.) sind »gesucht und gefunden«, so stellen es die Bosch-Kollegen richtig fest. Dahinter verbirgt sich das Vorgehen der DGB-Gewerkschaften im allgemeinen gegenüber jeder Opposition links von der SPD, was im Zuge der kapitalistischen Okkupation der DDR, ihrer Menschen und deren Organisationen und dem damit folgenden »Zuwachs« an gewerkschaftlich Organisierten im DGB eine aktuelle Neuaufgabe erfährt.

Bevor die Krise in der DDR offen ausbrach und zur »Wende« wurde, war die DGB-Führung noch auf eine Zusammenarbeit mit der Führung des FDGB eingestellt. Harry Tisch und andere waren angesehene Gäste in den Vorstandsetagen des DGB, mit denen die Beziehungen »normalisiert« werden sollten. Nach der »gewaltlosen Revolution« orientierten die Vorstände auf eine Zusammenarbeit mit den sich neu konstituierenden FDGB-Vorständen mit dem Ziel einer Verschmelzung. Es ist noch in guter Erinnerung, daß die neugewählte FDGB-Vorsitzende Helga Mausch vom DGB-Vorstand erst hofiert, dann bei den Feiern am 1. Mai nicht einmal mehr zur Kenntnis genommen wurde. Es wurden dann Funktionäre (oft Rentner) zur Kontaktaufnahme in die DDR entsandt, aber sie konnten den Verfall der DDR-Gewerkschaften nicht aufhalten. Die Mehrzahl der Mitglieder sah dem Untergang dieser Gewerkschaften ähnlich teilnahmslos und ratlos zu, wie sie zuvor als Mitglieder in ihnen »tätig« waren.

Die DGB-Gewerkschaftsvorstände erklärten nun, sie seien von den Ereignissen »überrollt«. Ihr Interesse konzentrierte sich mehr oder weniger schnell auf die bisher noch rund 8 Millionen zahlenden Mitglieder in der DDR. An das reichlich vorhandene Gewerkschaftseigentum wagten sie sich anfangs noch nicht ran, weil sie befürchteten, Schulden übernehmen zu müssen. Die hatten die DGB-Gewerkschaften selber genug am Hals nach ihrem Desaster mit den gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Unternehmen. Das von den Nazis 1933 beschlagnahmte Eigentum von KPD, SPD und Gewerkschaften hatten die Alliierten nach 1945 an SPD und Gewerkschaften zurückgegeben. SPD und DGB in den Westzonen hatten das so gut »verwaltet«, daß inzwischen so gut wie nichts davon übrig geblieben ist. Nach der »Wende« sahen die Verwalter die Chance einer Sanierung durch das Gewerkschafts- und Parteieigentum in der DDR. Je klarer wurde, daß das Gewerkschaftseigentum in der DDR vor-

handen und ohne Schulden war, desto mehr wurde der Appetit geweckt auf FDGB-Gewerkschaftshäuser, Verlage, Bildungsstätten, Ferienheime etc.

Etwa gleichzeitig begann der Streit um die neuen Gewerkschaftsmitglieder aus der DDR. ÖTV gegen HBV, IGBE gegen ÖTV, IG Chemie gegen IG Medien. In der IGBE ist dieser Clinch besonders makaber. Solange nämlich der neue Vorsitzende des DGB, Meyer, noch Vorsitzender der IGBE war, war er unbedingt für den Anschluß aller im DDR-Energiesektor Beschäftigten, auch der in der Wasserwirtschaft Tätigen. Die ÖTV war aber dagegen. Nun, als 1. Vorsitzender des DGB, muß Meyer gegen seine eigene Gewerkschaft agieren, weil in der BRD die ÖTV auf ihr Recht pocht. Was ist so »interessant« an den Wasserwirtschaftlern? Sie machen zwar nur ca. 7 Prozent der – bis jetzt noch – rund 250.000 Gewerkschafter des gesamten DDR-Energiesektors aus, sie zahlen aber rund 20 Prozent des bisherigen Beitragsaufkommens – und das zählt für westdeutsche sozialpartnerschaftliche Gewerkschafter.

Beim Geld hört bekanntlich die Gemütlichkeit auf. Selbst Rappe von der IG Chemie wird da ärgerlich und erklärt seinen Rücktritt aus dem Sachverständigenrat der Treuhandgesellschaft in der DDR, weil die Ansprüche der westdeutschen Gewerkschaften an der Beute nicht berücksichtigt werden. »Wir werden an das neue, gesamtdeutsche Parlament herantreten und die Forderung aufstellen, künftig in der Treuhand vertreten zu sein. Mit meinem jetzigen Rücktritt fängt die Auseinandersetzung um die Einbeziehung der Gewerkschaften erst an.« Rappe prophezeit »eine sehr schwierige Phase« in der DDR – und diese sei das »Ergebnis einer 40jährigen Politik der kommunistischen Partei...«. Immerhin ist auch ein Ergebnis, daß das 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht zurückgegebene Gewerkschaftseigentum noch vorhanden, sogar vermehrt worden ist. Nun streiten sich diese Geier darum – doch wo ist es in ihrer Einflußzone, in der BRD, geblieben? Rappe und seine Mannen bekommen für ihre Forderung nach einem Platz in der Treuhand inzwischen lauthals Unterstützung von DGB und Unternehmerverbänden – sie wissen, was sie an Gewerkschaftsführern haben, die in der kapitalistischen Ordnung das allein seligmachende Heil für die arbeitenden Klassen sehen. Für die Forderung nach Posten bei der Treuhand hat der DGB-Vorsitzende Meyer inzwischen mehr Wind gemacht als alle DGB-Funktionäre zusammen für die streikenden Flußspat-/Kali-Bergleute.

Bei allem Streit innerhalb des DGB sind sich die Vorstände dieser »Brudergewerkschaften« einig darin, daß

die Gewerkschaftsfunktionäre in der DDR zunächst »aus dem Wege geräumt« werden müssen. Steinkühler formuliert das so, »daß von den 385 politischen Sekretären der DDR-IG Metall (ohne BGL) 358 bereits vor der Wende hauptamtliche Gewerkschafter waren. Davon 171 länger als 10 Jahre. Mir kann keiner erzählen, daß sie nicht Bescheid wußten, was für Verhältnisse in der DDR herrschten. Mir kann ebenfalls keiner weismachen, daß er jetzt das Vertrauen der Mitglieder besitzt, auch wenn er formal demokratisch legitimiert sein sollte«. (10.7.90)

»Formal demokratisch legitimiert« sind die Vorstände im DGB sicherlich, auf nichts wird mehr geachtet als auf diese Seite. Aber wie ist das mit dem »Vertrauen besitzen«? Beispielsweise das Vertrauen, das den DGB-Vorsitzenden Meyer auf seinen neuen Sessel gehievt hat? Wenn der noch nicht einmal das deutlich erkennbare Vertrauen der Delegierten des Bundeskongresses hatte, wie soll er das der Mitglieder haben? ¹ Auch wenn inzwischen von SPD-, AfA- und DGB-Funktionären alle SED- und FDGB-Funktionäre zu korrupten Karrieristen gestempelt werden, so werden wir diese Demagogie nicht mit der ebenso unsinnigen Behauptung beantworten, jeder SPD- und DGB-Funktionär sei ebenso gleichzusetzen mit Leuten wie Lappas, Otto, Viotor und anderen, die sich aus Partei- und Gewerkschaftspositionen abgeseilt haben in wohl-dotierte Posten der Gemeinwirtschaft. Daß es hüben wie drüben aber Bereicherung, Korruption und Vetternwirtschaft gab und gibt, zeigt die fehlende Beteiligung und Kontrolle der politischen Entscheidungen der oberen Rängen dieser Organisationen durch die Mitglieder.

De facto haben alle DGB-Gewerkschaften sich das Weltbild Steinkühlers zu eigen gemacht, manche vorsichtiger, andere offener. Rappe geht schon soweit, daß er Betriebsräten in der DDR, die in der SED waren, den Beitritt zu den Gewerkschaften verweigern will: »Die IG Chemie hat mit Kommunisten bisher nachweislich nichts zu tun ge-

habt. Dies soll so bleiben. Wir wollen keine Kommunisten und wir wollen keine PDS-Mitglieder im hauptamtlichen (!!!) Bereich.«

Alles soll so bleiben wie es ist. Seit Gründung des DGB sind die Einflußsphären aufgeteilt unter Sozialdemokraten und Christdemokraten. Ob qualifiziert oder nicht, ist völlig uninteressant, das Parteibuch muß stimmen, wenn im DGB irgendwelche Posten nachbesetzt werden müssen. Und wenn alles ausgehandelt ist zwischen AfA/SPD und CDA/CDU/CSU, dann wird »formal demokratisch« korrekt eine Wahl vorgenommen. Solange diese Balance des tatsächlichen Einflusses aufrecht erhalten werden kann, ist es möglich, das ganze Gefüge als »parteilich unabhängig« nach außen und innen zu verkaufen.

Ähnlich wie es mit DKP- (und im beschränkten Maße auch mit Grünen-)Mitgliedern in den DGB-Gewerkschaften gehandhabt wurde, soll es jetzt mit LL/PDS-Mitgliedern geschehen. Solange sie fleißige Wasserträger der Vorstände bleiben, sind sie zugelassen. Eine LL/PDS, die im Bundestag mitlabert, ist den Gewerkschaftsfunktionären ohnehin gleichgültig, weil ebenso ohne Bedeutung wie die vielen anderen »Gewerkschafter«, die dort rumsitzen. Aber LL/PDS-Mitglieder, die nicht auf Posten schießen, die nicht nur Wasserträger sind, deren allererstes Interesse der organisierte Widerstand gegen Sozialabbau außerhalb des Parlaments ist, die in jeder Frage sich von den Diskussionen der aktiven Mitglieder in Betrieben und Verwaltungen leiten lassen, die sind ihnen gefährlich – dann gibt es Zoff, dafür sind die Vorgänge in Salzgitter Anzeichen. Ob allerdings die LL/PDS, die bei den bevorstehenden Bundestagswahlen sicher Stimmen unzufriedener Gewerkschafter auf sich ziehen wird, nach den Wahlen zu mehr anwachsen wird als nur Oppositionsstimme im Parlamentsgetöse, nämlich eine außerparlamentarisch organisierende Kraft, ist noch völlig offen. ■

Stimmen aus Betrieben und Gewerkschaftsgremien

Die Vertrauenskörperleitung im Stahlwerk P+S hatte befürwortet, daß »grundsätzlich eine breite politische Debatte über Fragen der zukünftigen Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten durch die Gewerkschaften und ihnen nahestehende Parteien und Organisationen im vereinigten Deutschland unter Einbeziehung aller demokratischen Kräfte« geführt werde. ■

Dagegen erklärte der Betriebsrat der Stahlwerke: »Die gerade (im Februar 1990, d. Red.) erfolgte Wahl zum 1. Bevollmächtigten rechtfertigt in keiner Weise eine solche weitreichende politische Entscheidung, die weder in der OV noch in der Delegierten-/Vertreterversammlung abgestimmt ist. Damit in der Belegschaft nicht weitere Unruhe entsteht, haben wir den beiliegenden Aushang erstellt.« Darin heißt es dann: »Wir sind von der Vorgehensweise des 1. Bevollmächtigten enttäuscht. Sein repräsentatives Mandat verlangt integrative und nicht polarisierende Aktivitäten. Seine Funktion muß sich auf eine breite Vertrauensbasis der Funktionäre vor Ort gründen, wenn die Voraussetzungen für eine effektive Interessenvertretung gewährleistet sein sollen ...« ■

Die schnellfertige Verurteilung durch die Betriebsräte der Stahlwerke Peine + Salzgitter kann jedoch nicht über

Tatsachen hinwegtäuschen, die wir in Erinnerung rufen wollen:

1. Daß die Hütte heute zwölftausend Kolleginnen und Kollegen und darüber hinaus der ganzen Stadt als Lebensgrundlage erhalten blieb, verdankt sie dem Kampf jener Frauen und Männer, die 1949 mit dem Einsatz ihres Lebens für die Erhaltung der Produktionsanlagen gegen die unter dem Schutz britischer Panzer eingesetzten Demontagekolonnen kämpften.

2. Der damalige Betriebsrat stützte sich vor allem auf das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung: »Die Betriebsräte kritisierten die bisherige Haltung der Gewerkschaftsführung und auch Söchtig verlangte von den Vorständen mehr Solidarität mit den Arbeitern in den Reichswerken.« So ist es nachzulesen in der Broschüre »Stahl oder Rüben«, herausgegeben von der IGM Verwaltungsstelle Salzgitter, 1990! Da wird Erich Söchtig zitiert: »Die Arbeiter sollen nicht glauben, daß einer von uns für sie die Kastanien aus dem Feuer holen kann. Jeder muß helfen, damit wir aus den Gewerkschaften eine Kampforganisation machen können.« Der Gegensatz zwischen dem damaligen Betriebsrat und dem IGM-Gewerkschaftsvorstand sowie dem DGB in der Frage der Demontagen brachte den Betriebsräten Söchtig und Hein Wegner Funktionsverbot ein und von dem Vorsitzenden des DGB, Hans Böckler, den Vorwurf, sie verfolgten »nationale Tendenzen«.

3. Die heutigen Betriebsräte von P+S haben diese Kämpfe und Auseinandersetzungen nicht miterlebt. Aber sie sind deren Nutznießer, und wenn manche von ihnen

1) Es ist noch ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft anhängig wegen der Vorgänge bei der NH. Unter anderen ist auch Meyer davon betroffen. Als ein Bergbau-Kollege, deswegen in Sorge, den IGBE-Presse-sprecher N. Römer auf die Kandidatur Meyers zum DGB-Vorsitz ansprach, konnte dieser mit der Auffassung beruhigen, ja, wenn man so an die Sache rangehe, dann würde man ja überhaupt keinen DGB-Vorsitzenden mehr kriegen...

heute öffentliche Funktionen und Ämter (Bürgermeister, Abgeordnete) bekleiden oder in verschiedenen Mitbestimmungsgremien tätig sein können, so sollten sie nicht vergessen, daß dies niemals möglich wäre, hätte die Bevölkerung 1949/50 passiv ihr Schicksal den Partei- und Gewerkschaftsvorständen überlassen.

4. Die Forderung der VKL von P+S auf eine breite politische Diskussion in den Gewerkschaften kann, wenn sie die gewerkschaftliche Vergangenheit und Erfahrung einschließt, für die Zukunft der Gewerkschaft und der arbeitenden Bevölkerung von großer Bedeutung sein. Sie muß nur durchgesetzt werden. ■

Eine Kollegin, die in einer anderen Branche arbeitet, schrieb uns ihre Eindrücke »vor Ort«: »Ich erfuhr als Außenstehende – nicht in die gewerkschaftliche Diskussion eingeschlossene – durch einige Zeitungsartikel, daß der Kollege Henn aus der SPD austreten und sich der Linken Liste/PDS anschließen wolle. Meine ersten Gefühle waren, daß ich zwar nachvollziehen könnte, daß jemand auf Grund des Verhaltens der SPD in der Sache DDR nun tatsächlich Grund genug hat, um aus dieser Partei auszutreten, aber was ist die »Linke Liste/PDS«? Ich sehe als erstes den Zusammenhang von PDS zur SED und damit habe ich extreme Probleme. Der Kollege Gysi ist unzweifelhaft faszinierend und mit dem, was ich bisher aus Fernsehberichten von ihm gehört habe (gelesen habe ich bisher noch so gut wie nichts), kann ich mich identifizieren. Aber was ist mit den alten SED-Funktionären und Stasi-Leuten? Was ist das eigentlich: Linke Liste/PDS? Nach Gesprächen mit Freunden und Bekannten erfuhr ich dann von den Zielen und der neuen »linken Landschaft«. Dort könnten sich sicherlich viele von uns wiederfinden.

Ein Programm oder ähnliches hatte aber niemand. Wer also – wie ich – von dem Artikel in der regionalen Zeitung überrascht wurde, war auf sich selbst angewiesen. Wo konnten wir mit denen darüber reden, die in dieser »Linken Liste/PDS« engagiert waren? Meiner Meinung nach kam erschwerend hinzu, daß zur Zeit der Veröffentlichung z.B. VW Betriebsurlaub hatte und viele Kollegen aus anderen Betrieben sicherlich auch wegen der Schulferien verreist waren. Diese Kollegen wurden dann ohne irgendeine vorlaufende Diskussion oder Information mit Zeitungsartikeln und Leserbriefen in der regionalen Presse – die überwiegend aus Richtung SPD kamen – um die Person Henns drangsalieret. Hier war dann ja deutlich zu erkennen, daß es in der Verwaltungsstelle Probleme geben würde.

Mein Eindruck – entstanden aus Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen – ist, daß viele enttäuscht sind und zwar weil gar keine Information bei den »normalen Leuten« angekommen ist, sondern nur einige »Eingeweihte« hier einbezogen waren. Außerdem ist die Enttäuschung darüber groß, daß diese Angelegenheit in den laufenden Tarifverhandlungen ausgetragen wird, und so sicherlich für diese Verhandlungen nicht förderlich ist.

Und eine weitere Frage tat sich auf: Was wird mit unserer Verwaltungsstelle? Nachdem der Kollege Henn der Aufforderung der Vertreterversammlung, von seinem Wahlamt als 1. Bevollmächtigter zurückzutreten, nicht nachgekommen ist, ist die gesamte OV zurückgetreten und wird nun von einem beauftragten Geschäftsführer von der Bezirksleitung bis zur Neuwahl der OV geführt. Wird der Vorstand nun einen SPD-treuen für die Wahl des 1. Bevollmächtigten vorschlagen, um endlich Ruhe in die »Chaotenverwaltungsstelle Salzgitter« zu bringen?

Meiner Meinung nach befürchten das viele Kolleginnen und Kollegen und fühlen sich deshalb vom Kollegen Henn verschaukelt. Wenn eine vorherige Diskussion und Information gelaufen wäre, hätte alles ganz anders laufen können. ■

Kolleginnen und Kollegen, meist aus Süddeutschland, schrieben während eines Seminars in der Bildungsstätte Lohr gemeinsam an die IGM in Salzgitter und Frankfurt, nachdem sie einen Bericht in der »FR« gelesen hatten: »Wir haben diese Vorgänge im Plenum diskutiert und sind der Meinung, daß uns diese Ereignisse als langjährige IGM-Mitglieder und teilweise auch als SPD-Mitglieder nicht unberührt lassen ... Ihr habt Eurem 1. Bevollmächtigten noch vor kurzem mit dreiviertel Mehrheit Euer Vertrauen ausgesprochen. Das beweist uns, daß er eine gute Gewerkschaftsarbeit geleistet hat. Kann daher der Austritt aus einer politischen Partei Maßstab für gewerkschaftliche Arbeit sein? Eine Einheitsgewerkschaft, die ein Mitglied wie Norbert Blüm verkräftet, der immerhin eine gewerkschaftsfeindliche und unserer Meinung nach verfassungswidrige Änderung des § 116 AFG unterstützt hat, muß einen links von der SPD angesiedelten Kollegen erst recht ertragen.« ■

Ein ehemaliger Betriebsrat des Stahlwerkes P+S, Belgard, jetzt Rats Herr für die Grünen in Salzgitter, in einem Leserbrief an die Lokalzeitung: »Da treten Millionen SED-Mitglieder in die Ost-SPD und Ost-CDU/LPD ein und kein Hahn kräht in der West-SPD. Verläßt aber ein erklärter und bekannter Gewerkschafter, wie der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Salzgitter Bernd Henn, die 'wärmende Decke der SPD', so wird eine Kampagne gegen ihn eröffnet und sogar seine Abwahl als Bevollmächtigter als Konsequenz gefordert ... Vergeblich habe ich eine ähnliche Entrüstung bei Salzgitters Sozialdemokraten gespürt, als in den Spitzenetagen der 'Neuen Heimat' und bei co op gestandene Sozialdemokraten wegen Unregelmäßigkeiten entlarvt wurden. Und niemand regte sich darüber in SPD-Kreisen auf, als SPD-Manager und SPD-Banker zusammen mit SPD-Politikern den Salzgitterkonzern verkauften.« ■

Die Vertrauenskörper-Leitung der Firma Robert-Bosch-Elektronik nimmt so Stellung: »Als VK-Leitung sind wir der Meinung, daß die Personaldiskussion, die um Bernd Henn vom Zaune gebrochen wird, unnötig ist ... Die ganze Diskussion um die Person von Bernd Henn hat aber auch den Hintergrund von 'gesucht und gefunden'. Daß das in solch einer Form, wobei bei anderen Kollegen immer peinlich darauf geachtet wird, Parteizugehörigkeiten zu verschweigen, nun aufgearbeitet wird, halten wir auch nicht für den richtigen Weg.« ■

Ein Gewerkschaftskollege, der nach seinem Austritt aus der SPD versichert, daß er zur Zeit keiner anderen politischen Partei oder Gruppierung angehört, fragt in einem Brief an: »Da ich aber in Zukunft nicht ausschließen kann, eine parteipolitische Tätigkeit auszuüben, würde ich mich sehr freuen, wenn ihr mir eine Liste mit den Parteien oder Gruppen zusenden würdet, die der OV Salzgitter genehm sind.« Auf eine Kopie seines Briefes, an den Vorstand in Frankfurt geschickt, erhält er zur Antwort: »Selbstverständlich ist es jedem Mitglied der IG Metall unbenommen, sich dort parteipolitisch zu organisieren, wo er sich ganz persönlich zu Hause fühlt. Die Grenzen setzt lediglich die Mitgliedschaft in einer Organisation, die gewerkschaftsfeindliche Ziele verfolgt. Die Feststellung, bei welcher Organisation es sich um eine gegnerische Organisation handelt, trifft nicht der Vorstand der IG Metall, sondern treffen die von den Mitgliedern über die Vertreterversammlung gewählten Delegierten des Gewerkschaftstages bzw. der Beirat unserer Organisation. So wie es das Recht eines jeden Mitglieds ist, andere Mitglieder der IG Metall, die sich für Funktionen in der IG Metall zur Wahl stellen, nicht nur nach ihrem persönlichen, betrieblichen Engagement, sondern auch danach zu beurteilen, welcher Partei sie angehören. Daß dabei im einen oder anderen Fall einem Mitglied beim Wahlakt nicht das Vertrauen ausgesprochen oder wenn sich herausstellt, daß die Wahl unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erfolgte,

das Vertrauen entzogen wird, gehört zum demokratischen Grundsatz der Einheitsgewerkschaft, die über parteipolitische Grenzen hinweg die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer zu vertreten hat ...» (Mignon, HV) ■

Walter Gruber, ehemaliger BR-Vorsitzender des Stahlwerkes P+S, sagte auf der ersten außerordentlichen VV am 25.8. unter anderem: »Kolleginnen und Kollegen, die heutige Versammlung dokumentiert für mich: In Salzgitter ist der Kalte Krieg noch nicht beendet. Während am Golf russische Schiffe mit amerikanischen Schiffen zusammenwirken, macht man hier weiter in Antikommunismus.

Es scheint so, als wenn gerade Salzgitter für den Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bestens prädestiniert ist. Er wird hier immer sehr intensiv und jeweils bis zum Ende getrieben. Ich habe ihn in der Hütte über viele Jahre am eigenen Leib erfahren. Die Angriffe werden immer auf Personen geführt und hören auch dann nicht auf, wenn dabei die materielle Existenz der betroffenen Person angegriffen wird. Darum hat wohl die neue Niedersächsische Regierung auch die Berufsverbotspraxis beendet, eingeführt übrigens auch von Sozialdemokraten. (...)

Nun aber bricht alles wieder auf. Meine Partei eröffnet einen ungeheuer heftigen öffentlichen Angriff auf einen Gewerkschaftsfunktionär. Es heißt zwar in einem Schreiben der AfA: 'Es geht nicht um Henn, sondern was hier in Salzgitter passiert, hat bundesrepublikanische Wirkungen und Dimensionen.' Für mich wird Rufmord gegen Bernd Henn betrieben. Dabei greift meine Partei tief in die gewerkschaftliche Autonomie ein. Ich bin davon überzeugt, indem sie fordert, Henn müsse als 1. Bevollmächtigter weg, hat sie die Grenze des Zulässigen weit überschritten, und ich befürchte, daß es ihr mehr schaden wird als nutzen. (...)

Es ist und bleibt aber in unserer Gewerkschaft legales Recht, sowohl für die SPD, für die Grünen oder CDU-CSU, um einige zu nennen, zu kandidieren, ohne daß man die Funktionen niederzulegen hat. Geht das aber in eine ungewünschte Richtung, dann bedroht man diese Bewerber mit der Zerstörung der materiellen Existenz, und das ist Berufsverbot in der Gewerkschaft. Auch wenn es zunächst erstmal ein Verbot für eine bestimmte Funktion ist. (...)

Salzgitter kann sich als IGM-Organisation, was das Kämpfen angeht, schon sehen lassen. Ich will hier die vielen mächtigen Aktionen wie Tarifikämpfe, die Privatisierungsabwehr, gegen den § 116 AFG und andere nicht im Detail schildern. Hier wurde eine hervorragende Bildungsarbeit, ich glaube, einmalig im Bundesgebiet, geleistet, angeknüpft an die großen Leistungen, die von Erich Söchtig mit seinen Mitstreitern da schon gelegt worden sind.

Die Salzgitter IGM lebte nicht in Harmonie mit den Unternehmern. (Darum würden sie sich auch freuen, wenn Koll. Henn gefeuert wird, da er diese Politik wesentlich mitbestimmte.) Wir orientieren auf eine Interessenvertretung, aufgebaut auf den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Das gab Streit bis tief in den Vorstand der IGM. (...)

Hier heißt es wirklich: Wehret den Anfängen. Wenn heute Koll. Henn rausgefeuert wird, ist nicht Schluß. Die jeweiligen Kriterien, nach denen man bleiben darf oder nicht, dürfen

uns nicht von außen aufgedrängt werden und können nicht außerhalb des Rahmens der Satzung gefunden werden.

Wer heute seinem Freund nicht hilft, kann auch morgen keine Hilfe erwarten, wenn er selbst dran ist. ■

Wie der DGB die NH-Affäre bewältigt – eine Studie von ihm selbst.

»Ausgestanden« sei die Affäre um die »Neue Heimat«, NH, meint der Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, im Nachwort zu dem von ihm in Auftrag gegebenen »Überblick über die Ereignisse seit 1982«.

Breit: »Ich habe Wilhelm Kaltenborn gebeten, eine solche Darstellung zu versuchen, weil er wie kaum ein anderer Bescheid weiß und sich eine kritische Distanz bewahrt hat. Wilhelm Kaltenborn war enger Mitarbeiter Heinz Oskar Velters, er ging zusammen mit Diether Hoffmann zur »Neuen Heimat« und er hat gemeinsam mit dem Treuhänder Heinz Sipfel die »Neue Heimat« abgewickelt.«

Wir ergänzen zum Werdegang Kaltenborns: Nach Velters Ausscheiden aus dem DGB (aus Altersgründen) mußte K. irgendwo untergebracht werden. Die »NH« und andere gemeinwirtschaftliche Unternehmen boten nach 1945 schon immer Unterbringungsmöglichkeiten (und Beraterverträge als Nebenverdienst, möglichst mit Auto und Sekretärin) für ausscheidende Gewerkschaftsobere. Der Betriebsrat der NH lehnte jedoch eine Einstellung K.s ab, es bestünde kein Bedarf für seine »Tätigkeit«. Der Betriebsrat war sich wohl darüber im klaren, daß es sich nicht um Arbeit handelte. K. wurde dennoch bei der NH als »Leitender Angestellter« untergebracht, da der Betriebsrat bei der Einstellung von »Leitenden« kein Mitbestimmungsrecht hat. Dann war K. bei Schiesser, dem die »NH« für eine Mark verkauft wurde, bis zu dessen Ende – einem kurzen Gastspiel, bei dem 20 Millionen Mark Abfindung für Schiesser heraussprangen. Schließlich holte ihn auch Sipfel, der Konkursverwalter, mit dem er gemeinsam die »NH« »abgewickelt« hat. Jetzt hat K. einen neuen Arbeitsplatz bei der BGAG (gleichbedeutend mit DGB) in Westberlin gefunden. Er ist deren Beauftragter für Immobiliengeschäfte, wohl auch und besonders zuständig für Ostberlin und das Gebiet der ehemaligen DDR. Nebenher arbeitet er die NH-Affäre in dieser Broschüre auf.

Daß Betriebsräte der NH nicht zur Aufarbeitung der Affäre herangezogen wurden, hat sicherlich gute Gründe – zumindest die »kritische Distanz« K.s dürfte ihnen fehlen.

Wie es mit dem Bankrott begann

»Am 8.2.1982 berichtete der »Spiegel« über gravierendes Fehlverhalten von Mitgliedern der damaligen NH-Geschäftsführung ...«, schreibt K. Demnach war der Spiegel besser informiert als der DGB. Aber die Informationen des Spiegel stammten doch aus Kreisen des DGB. Da hatten sich: »NH-Geschäftsführer – unter diesen vor allem Albert Vietor, der Geschäftsführungsvorsitzende, erheblich bereichert und sich insbesondere einen beträchtlichen Familienbesitz zugelegt ...«. Frage an Kaltenborn: Was ist Familienbesitz? »Worüber der Spiegel ... berichtet, war die Beteiligung prominenter Gewerkschafter am steuersparenden Wohnungsbauprojekt in Berlin.« – »Rechtlich einwandfrei« sei dieses Engagement und von Parteien und Bund auch gewollt. Frage: Mit wessen Geld haben die »prominenten Gewerkschafter« sich beteiligt? Bei dieser Gelegenheit erfahren die Mitglieder der Gewerkschaften, daß »führende Gewerkschafter mehr verdienen als die Mehrzahl der Mitglie-

August Thalheimer

Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion

Die Sowjetunion von heute und die sozialistische Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. 1946, Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, Stuttgart 1952. 43 Seiten, Broschur, 2,00 DM

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.

Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15

der«. Außer der vagen Andeutung aber auch hier nichts Greifbares.

Doch halt, zu Lappas, der im September 1986 auf dem IGM-Bundeskongreß verhaftet werden sollte und von Steinkühler und Breit noch als Märtyrer gefeiert wurde, schreibt K.: »In dieser Situation wurde auch über das Einkommen Lappas debattiert. Dabei wurde deutlich, daß die Frage der Gehälter in den gewerkschaftlichen Unternehmen – für die Spitzenleute – innergewerkschaftlich nie ausreichend geklärt worden war« ... »Das alles führte zu Irritationen bei den Gewerkschaftsmitgliedern und behinderte eine sachgemäße Aufarbeitung der im Spiegel aufgedeckten – und überwiegend zutreffenden – Vorkommnisse bei der Neuen Heimat selbst.« Verhinderten die Irritationen die Aufarbeitung?

DGB-Bundesvorstand greift durch!

Aber gottlob gibt es ja noch den DGB-Bundesvorstand: »Der DGB-Bundesvorstand und die Aufsichtsräte der NH reagierten: Einige NH-Geschäftsführer – darunter auch Albert Viotor – wurden wenige Tage nach der ersten Spiegel-Veröffentlichung ihres Amtes enthoben. Ihre Dienstverträge wurden fristlos gekündigt. Von anderen Geschäftsführern trennte man sich einvernehmlich ...« Hatte der DGB-Bundesvorstand auf die Klagen der Betriebsräte schon nicht reagiert, sollte wenigstens jetzt ein anderer Wind wehen? Weit gefehlt! Schon die »einvernehmliche Trennung« von einigen Geschäftsführern ließ Zweifel aufkommen. »Von Viotor forderte die NH Schadensersatz. Es gab Prozesse in verschiedenen Instanzen.« Und dann ... ? Die Prozesse wurden »später sämtlich mit Vergleich beendet«. Begründung: »Die Anwälte der NH waren einer positiven Entscheidung durch den Bundesgerichtshof nicht sicher.« Die Prozeßkosten hatten »allmählich beträchtliche Höhen« erreicht. Donnerwetter, ist die Sparsamkeit unserer Vorstände mit den Gewerkschaftsbeiträgen nicht anerkennenswert? – Immerhin: Nach 3 Milliarden DM Verlusten der Gewerkschaften bei der Sanierung der NH wenigstens dies ein Tropfen!

Der Aufsichtsrat und die Kontrolle

Der Aufsichtsrat wird auch aktiv und beauftragt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft »Treuarbeit«, die auch den Gewerkschaften nahe steht, die Vorwürfe gegen die Geschäftsführung »sorgfältig« zu untersuchen. Entscheidende Vorwürfe des Spiegel müssen bestätigt werden, so die privaten Beteiligungen von Vorstandsmitgliedern an Grundstücksgesellschaften und Dienstleistungsunternehmen. »Besonders ausführlich« prüfte man die Vorgänge der »Terrafinanz«, einer bayerischen Grundstücksgesellschaft. – Erst also Passivität beim DGB bis der »Spiegel« kommt, dann eine »sorgfältige« Untersuchung und am Ende die »besonders ausführliche«.

Ergebnis der anstrengenden Bemühungen: Der Aufsichtsrat erklärt, Viotor habe »gegen Vorschriften des NH-Gesellschaftsvertrages, seine Dienstverträge und verschiedene Rechtsbestimmungen verstoßen«. Damit hat sich's. Warum dann der Vergleich? Hier gerät K.s Darstellung besonders vage: »Ob an einzelne Aufsichtsratsmitglieder über einzelne Vorkommnisse Informationen oder Andeutungen herangetragen worden sind, können sie nur selbst wissen.« Das soll wohl heißen, die Gewerkschaftsvorstände hatten die Furcht, in den Prozessen könnte herauskommen, daß die Geschäftsführer der NH mit Wissen eingeweihter Gewerkschaftsvorstände gehandelt haben. Daher der Vergleich.

»Warum haben die AR-Mitglieder die verharmlosenden Darstellungen der Geschäftsführung nicht durchschaut«, fragt K. und antwortet sogleich: »Einfache Antworten sind

nicht zu haben ... Kollegialität bestimmt das Verhältnis untereinander.« – »Abgrundtiefe Skepsis und prinzipielles Mißtrauen sind ... zwischen Gewerkschaftern eher ungewöhnlich ...« – Aus »eigentlich ehrenwerten Gründen«, »aus Vertrauen zu Kollegen« hätten die AR-Mitglieder Hemmungen gehabt, den Kollegen »ständig auf die Finger (zu) sehen und sogar zu klopfen«. Ehrenwerte und gehemmte Herren verwalten unsere Gewerkschaftsbeiträge. Man kann es auch anders ausdrücken: Eine Hand wäscht die andere.

Unser Nachwort

Warum schreiben wir das? Ist nicht der politische Schaden, der den Gewerkschaften zugefügt wurde, groß genug? In der Tat, es lohnt sich nicht, die Gewerkschaftsvorstände anzuklagen, diese sind schon lange immun gegen Kritik von einfachen Mitgliedern. Aber wir weisen die Gewerkschaftsmitglieder darauf hin, daß sie selbst für diesen Umgang mit ihren Beiträgen die Verantwortung tragen. Sie haben es geduldet und es unterlassen, ihre von ihnen bezahlten Funktionäre auch zu kontrollieren.

Ausgestanden sei die Affäre, glauben die Gewerkschaftsvorstände. Sie verbuchen es als ihren Erfolg, daß die Abwicklung der Affäre fast ohne interne gewerkschaftliche Diskussion verlaufen konnte. Doch für die Mitglieder ist die Affäre längst nicht ausgestanden:

Gegen Otto, Lappas und mehrere andere Vorstandsmitglieder der »coop«, die im Zuge der NH-Affäre ebenfalls ins Trudeln kam (sie wurde verkauft, weil die Gewerkschaften resp. die BGAG dringend Geld für die Bewältigung der NH-Affäre benötigte), laufen noch Ermittlungsverfahren. Sie sitzen mit Ausnahme von Lappas, der gegen eine Kaution in Höhe von 1 Mio. DM freikam, in Untersuchungshaft. Der Antrag, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzurichten, ist nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Man braucht den DGB eben zur Zeit als »glaubwürdige« Alternative zum FDGB.

Auch für die Beschäftigten der BiG ist die Affäre noch nicht ausgestanden. Die Gewerkschaftsseite, die noch knapp 50% an dieser Bank hält, gab den neuen Gesellschaftern eine Generalvollmacht für die Reduzierung der Belegschaft. Betriebsbedingte Entlassungen sind also vorgeplant.

Und die Folgen des Verkaufs der NH-Bayern an den bekannten Grundstücksspekulanten Dobler sind auch noch nicht ausgemacht. Werden nicht auch hier viele Mitglieder, die im Vertrauen auf die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften in sozialen Fragen ihre Wohnung nahmen, eines Tages verstört aufwachen? Die ÖTV-Vorsitzende Wulff-Matthies hat den angeblich soliden, allen Mieterschutzinteressen wahren Vertrag doch nicht abgelehnt, weil ihr der ganze Kurs des DGB inzwischen nicht mehr paßt.

»Juristisch einwandfrei« sei die Affäre »NH« abgewickelt worden, schreibt Kaltenborn. Allein die bürgerliche Rechtsordnung ist sein Maßstab, eine Verantwortung gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern kennen diese Herren nicht. Die früher gegenüber Kritikern so hochgehaltenen Werte der Gemeinwirtschaft sind heute kein Kriterium für die Bewältigung der Affäre.

»Politisch begründete Zielsetzungen lassen sich mit Wirtschaftsunternehmen, die den Marktgesetzmäßigkeiten ausgeliefert sind, nicht, jedenfalls nicht auf Dauer verfolgen«, lautet schlicht K.s Resümee. Also, die Ideen der Wirtschaftsdemokratie, die Mitte der 20er Jahre entstanden als Gegenmodell zur bürgerlichen Gesellschaft, weil ohne eine solche Perspektive die Gefahr bestand, daß viele Mitglieder in den Vorstellungen der kommunistischen Bewegung

die Verwirklichung ihrer sozialistischen Ziele sahen, haben endgültig ausgedient. Der jahrzehntelange Einsatz für die Ideen der Gemeinwirtschaft hat es nicht vermocht, daß in der kapitalistischen Gesellschaft Inseln geschaffen werden konnten, die die Gesetze der Marktwirtschaft dauerhaft korrigierten. Zum Kapitalismus gibt es weder neben ihm noch in ihm nach Auffassung des DGB heute eine Alternative.

Was bleibt? Die Anerkennung der Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber, wie von Rappe, IG-Chemie, jüngst erst gefordert, wird die alleinige politische Grundlage der Gewerkschaften. In der Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Unternehmern sehen sie die einzige Chance, noch etwas für die Arbeiter herauszuholen. Die Unternehmer müssen den Gewerkschaften wohlgesonnen sein und bleiben, heißt die gewerkschaftliche Maxime.

Diese Politik und die »bewährten« Strukturen der BRD-Gewerkschaften werden auch täglich in die ehemalige DDR importiert, ohne Kontrolle durch die Mitglieder. Wer Auskunft verlangt über die Tätigkeit des DGB hier wie dort, wer die politische Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Unternehmern ablehnt, soll ausgegrenzt werden – hier wie dort. Wehren wir uns gemeinsam!

15.9.90 ■

Streit zwischen IGBE und ÖTV:

Der Kampf um (zahlende) Mitglieder ist wichtiger als gewerkschaftliche Inhalte

Am 7.9.1990 fand in Duisburg der letzte außerordentliche Gewerkschaftstag der IGBE statt. Hier wurden durch Satzungsänderungen die Grundlagen für die Übernahme der erst im April dieses Jahres gegründeten DDR-Gewerkschaften IG Bergbau, Energie und Wasserhaltung und der IG Wismut (Uranbergbau) gelegt.

Doch schon lange vorher schwelte der Konflikt mit der ÖTV. Diese beansprucht – entsprechend der vor 40 Jahren im DGB aufgeteilten Organisationsbereiche – die Mitglieder aus der Energie- und Wasserwirtschaft. Schon bei Auflösung der alten FDGB-Strukturen im Frühjahr war die ÖTV mit massiven Flugblattaktionen und Abwerbekampagnen – allerdings erfolglos – gegen die Neubildung der IGBEW (diese gründete sich nach dem alten Organisationsbereich des FDGB) vorgegangen. Damals konnte der Streit noch einigermaßen unter dem Tisch gehalten werden. Nun jedoch wird die Auseinandersetzung öffentlich in der bürgerlichen Presse geführt. Die ÖTV will zur Abwehr der IGBE-Ansprüche die Schiedskommission des DGB und notfalls den Klageweg einschalten. Selbst der ehemalige IGBE- und neue DGB-Vorsitzende, H.W. Meyer, warnte die IGBE vor diesem Schritt.

Die IGBE geht inzwischen – trotz Ausschlußmöglichkeit aus dem DGB – weiter in die Offensive. Sie wollte mit der ÖTV über den DDR-Bereich sprechen, traf jedoch auf keine Bereitschaft. Nun will sie sich nicht nur auf den DDR-Bereich beschränken, sondern auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik ihr Organisationsrecht auf die Energie- und Wasserwirtschaft ausdehnen. In der Vergangenheit gab es dazu schon einige Anfragen von den dort Beschäftigten, die bisher aber abgelehnt wurden.

Dieses Verhalten der IGBE hat mehrere Ursachen. Einerseits hat sie durch die Kohlepolitik der letzten Jahrzehnte unter starkem Mitgliederschwund gelitten und will

schon lange einen zukunftsträchtigen Bereich (Kraftwerkssektor) innerhalb der Organisation haben, um nicht ganz auszusterben. In der DDR bot sich nun die einmalige Chance, die 140 000 Beschäftigten der Energieversorgungsbetriebe und der Wasserwirtschaft bei der Einverleibung der IGBEW gleich mit zu übernehmen. Dabei geht es ja nicht um die Mitglieder, sondern bestenfalls um die zu erwartenden Beiträge. Die IGBE würde darüberhinaus ihre Mitgliederzahlen verdoppeln und somit auch wieder ein stärkeres Gewicht im DGB erhalten (z.B. in der Frage der Kernenergie). Das Gerangel um die zahlenden Mitglieder hat aber im Grundsatz nichts mit Fragen des Kampfes um Positionen zum Schutz der Beschäftigten zu tun. Ähnlich wie die DDR insgesamt geschluckt werden soll, so gehen auch die bundesdeutschen Gewerkschaften dort vor. Die Lohnabhängigen der DDR sollen zu bundesrepublikanischen Bedingungen der Sozialpartnerschaft (zu klären bleibt dabei, ob dafür in der DDR überhaupt eine Grundlage besteht) einverleibt werden.

So sehr die IGBE zur Stärkung ihrer Position an zahlenden DDR-Gewerkschaften interessiert ist, so vorsichtig geht sie bei deren Übernahme vor. Ursprünglich wurde von 400 000 neuen Mitgliedern aus der DDR gesprochen. Da aber die Organisation der IGBEW keinesfalls funktionierte (es gab keinen Überblick, wer vom FDGB zur IGBEW übertreten war), versuchte man die Mitglieder auf der Grundlage der DM-Beitragszahlung ab August des Jahres zu ermitteln. Dabei ging man schon von vorsichtigen Schätzungen von 250 000 Mitgliedern aus. Wenn man dazu die bundesrepublikanischen Mitglieder mit ebenfalls 250 000 zählt, müßte also im gemeinsamen Organisationsbereich von jeder Seite die Hälfte der gewerkschaftlichen Funktionen besetzt werden.

Doch aus Angst vor einer »kommunistischen Unterwanderung« aus der DDR (Originalton H.W. Meyer) wurde dem vorgebeugt. Schon beim Aufbau der Zusammenarbeit in der DDR wurden die »ehemaligen Betonköpfe« aus FDGB/SED und nun PDS abgelehnt. Aber aus Angst, daß diese Vorauswahl doch nicht so gut klappt oder bei den anstehenden Betriebsrats- und Gewerkschaftsdelegiertenwahlen wider Erwarten ehemalige FDGBler oder PDSler von den Mitgliedern gewählt würden, wurde nun in Duisburg die Satzung auch dafür entsprechend präpariert.

Der ehemalige DDR-Bereich erhält nur 3 Vorstandsposten (zu den 5 aus dem Westbereich), wovon wiederum eine Position bereits für den Generalbevollmächtigten der West-IGBE für das Gebiet der DDR, Schneider (er ist uns allen noch in guter Erinnerung wegen seiner Spaltungspolitik im englischen Bergarbeiterstreik 1984/85), reserviert wurde. Ähnlich ist das im Hauptvorstand und bei den Delegierten für den ersten, gemeinsamen Gewerkschaftskongress im Mai 1991. Dafür wurde die Satzung so geändert, der Delegiertenschlüssel so erhöht, die Anzahl der DDR-Bezirke so niedrig gehalten, daß die Delegierten aus dem ehemaligen bundesrepublikanischen Gebiet immer die 2/3 Mehrheit halten. Damit wollen sie eine »Majorisierung« durch die DDR-Probleme verhindern.

Es geht nicht um Perspektiven zum Schutz der Beschäftigten

Weder die IGBE noch die ÖTV haben sich zu den Einverleibungspraktiken der BRD-Energiekonzerne auf dem DDR-Gebiet geäußert. Als die Konzerne RWE, Preussen-elektra und das Bayernwerk 75% des Elektrizitätsversorgungsgebietes der DDR unter sich aufteilten, selbst das Kartellamt dazu noch rechtliche Bedenken wegen Monopolbildung anmeldete, die DDR-Kommunen gegen diese Einverleibung protestierten, forderte die ÖTV sogar eine schnelle Vertragsunterzeichnung. Und stärkte damit den

Konzernen den Rücken. Daß in der Folge massenhaft Arbeitsplätze vernichtet werden und zur fehlenden Absicherung der Beschäftigten, dazu fehlte jeglicher Kommentar.

Ebenso bei der Übernahme der Gasversorgung der DDR durch die Ruhrgas AG als Monopol. Im Bergbaubereich wurde wenigstens ein wenig Absicherungspolitik nach westlichem Muster betrieben. Als der Kupferbergbau im August in Mansfeld stillgelegt wurde, bekamen die 3500 Beschäftigten wenigstens 15000 DM Abfindung. Für die 12000 der insgesamt 30000 Beschäftigten im Kalibergbau wurde – allerdings erst nach Streiks – bis Ende des Jahres »Null-Kurzarbeit« statt Entlassungen vereinbart, um Zeit zu gewinnen. Hier sollen 6 Bergwerke geschlossen werden. Im Uranbergbau Wismut – hier will die UdSSR aus Devisenmangel zum Ende des Jahres aussteigen – sind 34000 Beschäftigte betroffen. Nach Streiks und Grubenbesetzung von 5000 Kumpel wurden hier wenigstens Abfindungen von 20000 bis 30000 DM erreicht.

Also haben weder IGBE noch ÖTV ein Interesse daran, gewerkschaftliche Positionen für die Beschäftigten gegenüber den Konzernen zu stärken oder gar auszubauen. Im Gegenteil – ihrem Verständnis von Problemlösungen hier – wird den Mitgliedern hier bereits erklärt, welche Rationalisierung und damit verbundene Arbeitsplatzvernichtung in der DDR aus Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit notwendig sind.

Für die zu erwartenden Widersprüche, die dadurch entstehen, ist zumindest die IGBE durch die satzungsändernden Mehrheitsverhältnisse bestens gerüstet. Die Mitglieder in der DDR durchschauen diese Politik noch nicht, weil sie – verunsichert durch ihre eigene Situation – immer noch nach den hier praktizierten, für sie erst einmal erfolgversprechenden Konfliktlösungen schielen. Die Mitglieder in der Bundesrepublik stellen sich noch hinter diese undemokratische Vorstandspolitik, weil sie nicht mit den Problemen der DDR-Mitglieder konfrontiert werden wollen. Sie haben einen Teil des Opfergangs durch Stilllegungen bereits hinter sich und befürchten, daß ihre Position (die allemal privilegierter ist, als die ihrer Kollegen in der DDR) durch die Zusammenlegung mit der DDR verschlechtert werden könnte. Das wurde auch daran deutlich, daß die Satzungsänderung ohne Diskussion in der Mitgliedschaft vollzogen wurde. Für klassenbewußte Solidarität, die in dieser Zeit notwendig wäre, fehlen daher noch die Voraussetzungen.

Die Gewerkschaftsvorstände von IGBE und ÖTV können sich daher – wieder einmal ohne Eingreifen der Mitglieder – um die erwarteten Mitgliedsbeiträge in aller Öffentlichkeit streiten. Das führt zur weiteren Zersetzung von gewerkschaftlichen Positionen für die Beschäftigten und zum weiteren Abwenden von Mitgliedern, zumindest in der DDR.

Bochum, 9.9.90 ■

Dresden

Offener Brief an die Einzelgewerkschaften im DGB in der BRD

Liebe Kolleginnen!
Liebe Kollegen!

Dresden, den 25.9.90

Wir wenden uns mit einem Problem an Euch und wollen auf die geplante Auflösung eines Kindergartens in unserer Stadt aufmerksam machen.

30 Jahre existiert diese Einrichtung im Haus der Gewerkschaften in Dresden. 28 Kinder aus dem umliegenden Wohngebiet und von Beschäftigten dieses Hauses fanden und finden hier gute Bedingungen für eine ganztägige Erziehung in gemischten Gruppen vor. Zwei vollbeschäftigte Erzieherinnen und eine Halbtagskraft engagieren sich erfolgreich seit vielen Jahren. Die Kinder fühlen sich wohl und geborgen. Jetzt steht alles auf dem Spiel. Den FDGB gibt es nicht mehr. Allen Mitarbeitern wurde bis 30.09.1990 gekündigt.

Ab 1. Oktober übernimmt der DGB das Haus auf der Ritzenbergstraße. Die Konsequenz: Sowohl Einzelgewerkschaften, die die Räumlichkeiten nutzen werden, als auch der Kindergarten sollen dann eine Miete von circa 20 DM pro qm zahlen. Für die Kindertagesheimeinrichtung bedeutet das, entweder die unerschwingliche Summe von 5000 DM bis zum Jahresende aufbringen zu müssen oder aber die Auflösung der Einrichtung und »Verteilung« der Kinder auf mehrere andere Kindergärten. Die Marktwirtschaft schlägt zu, von »sozial« keine Spur mehr.

Dabei wäre durchaus ein Kompromiß möglich:

Reduzierung der unerschwinglichen Mietkosten auf ein für die Kommune verträgliches Maß, solidarisches Verhalten der im Haus tätigen Einzelgewerkschaften im DGB und geordnetes Auflösen der Kindereinrichtung mit

dem Schuljahresende Juli/August 1991. Ein Teil der Kinder würde ohnehin eingeschult, Neuanmeldungen würden nicht vorgenommen werden. Die 3 Erzieherinnen behalten zumindest bis zum Sommer 1991 ihre Arbeitsplätze.

Besser wäre es allerdings, wir könnten die Einrichtung ganz erhalten, denn schließlich müssen wir uns die Frage stellen, ob wir nicht als Gewerkschaften unglaubwürdig werden, wenn wir einerseits für den Erhalt von kommunalen Kindergärten und Betriebskindergärten kämpfen, andererseits aber selber dazu beitragen, daß eine solche Einrichtung zerschlagen wird.

Wir bitten Euch um Aufmerksamkeit diesem Anliegen gegenüber und verbinden damit die Hoffnung, daß unser Kampf für die Jüngsten, für den Erhalt der Ganztageeinrichtung kein Kampf »gegen Windmühlenflügel« wird.

Bezirksgeschäftsstelle der GUE Dresden ■

Anmerkung der Redaktion: Dieser »offene Brief« aus Dresden ist – gemessen an dem beschriebenen Anlaß – noch ausgesprochen zurückhaltend. Das rücksichtslose Vorgehen des DGB im Dresdener Gewerkschaftshaus untergräbt nicht nur die Glaubwürdigkeit des Apparates und der Funktionäre, sondern auch die jedes westdeutschen Gewerkschafters – sofern er sich nicht davon distanziert und Protest einlegt. Deutlicher als am Vorgehen des DGB in Dresden läßt sich kaum zeigen, wer und was die DGB-Gewerkschaften zersetzt: Es sind diese rücksichtslosen Methoden des Apparates, der nur um seiner selbst willen gegen die Interessen der eigenen Mitglieder vorgeht.

Es ist notwendig, dagegen Protest zu erheben und zu fordern: • Der Kindertageseinrichtung im DGB-Haus in Dresden werden die Räume auch weiterhin zur Verfügung gestellt, • Der DGB senkt die Miete auf ein den sozialen Verhältnissen entsprechendes, finanzierbares Maß.

Schreibt an: DGB-Vorstand, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf 30 // DGB-Bezirksgeschäftsstelle, Ritzenberger Straße 12, 8010 Dresden // GUE-Bezirksgeschäftsstelle Dresden, Ritzenberger Straße 12, 8010 Dresden // zur Kenntnis an: Geschäftsstelle der GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 2000 Hamburg 13. ■